



Amtsblatt

Regierung von Niederbayern

Nr. 9

Freitag, 1. Juli 2005

45. Jahrgang

Die Regierung von Niederbayern und der Bezirk Niederbayern trauern um

Herrn Regierungspräsident a. D. Dr. Gottfried Schmid

Am 12. Juni, im 83. Lebensjahr, haben wir mit ihm einen leidenschaftlichen Niederbayern und unermüdlichen Verfechter der Belange unseres Regierungsbezirks verloren.

Tief verwurzelt in seiner niederbayerischen Heimat diente er ihr von 1975 bis 1987 als niederbayerischer Regierungspräsident. Sein Wirken in grundlegenden Reform- und Aufbaujahren war verbunden mit einem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung Niederbayerns, der fortwirkt. Das heutige Bild Niederbayerns hat er in tiefer Liebe zu seiner Heimat entscheidend mit geprägt.

Die Regierung von Niederbayern und der Bezirk Niederbayern gedenken seiner in Dankbarkeit.

Landshut, 13. Juni 2005

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Manfred Hölzlein
Bezirkstagspräsident

HERAUSGEBER, VERLAG und DRUCK:
Regierung von Niederbayern, Postfach, 84023 Landshut, Tel. (08 71) 8 08 - 01

ERSCHEINUNGSWEISE und BEZUGSBEDINGUNGEN:
Erscheint 3-wöchentlich. Abonnement durch den Herausgeber. Preis halbjährlich 18 Euro.
Einzelnummer 1,50 Euro zuzüglich Versandkosten. Der Bezug des Amtsblattes kann 4 Wochen vor dem 30.06. oder 31.12. eines jeden Jahres gekündigt werden. Einzelhefte nur durch den Herausgeber.

| | | | |
|---|-------|--|-------|
| Nachruf | S. 87 | - den Gemeinden Kumhausen, Tiefenbach, Eching und im Markt Geisenhausen, Landkreis Landshut Vom 27. Mai 2005 Nr. 540-5102/125-14 | S. 94 |
| Kommunalverwaltung | | - der Gemeinde Kollnburg, Landkreis Regen Vom 2. Juni 2005 Nr. 540-5102/120-2 | S. 95 |
| Zweckverband für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung Plattling, Sitz Deggendorf; Änderung der Betriebssatzung | S. 89 | Verordnung über die Grundschulorganisation in der Gemeinde Mengkofen, Landkreis Dingolfing-Landau und Bayerbach b. Ergoldsbach, Landkreis Landshut Vom 2. Juni 2005 Nr. 540-5103/023-8 | S. 96 |
| Planungsverband Donaupark; Änderung der Verbandssatzung | S. 89 | Vollzug des Bayer. Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - BayEUG -, BayRS 2230-1-1-K; Erweiterung des Fachsprengels für den Ausbildungsberuf „Elektroniker/Elektronikerin für Maschinen- und Antriebstechnik“ (Jahrgangsstufen 11 bis 13) um den Regierungsbezirk Oberbayern | S. 96 |
| Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Regensburg für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 | S. 91 | Verordnung über die Volksschulorganisation in | |
| Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Straubing für das Haushaltsjahr 2005 | S. 91 | - den Gemeinden Tiefenbach, Aicha v. Wald, Ruderting und im Markt Windorf, Landkreis Passau Vom 6. Juni 2005 Nr. 540-5102/274-9 | S. 96 |
| Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Berufsschulverbandes Straubing-Bogen für das Haushaltsjahr 2005 | S. 92 | - den Gemeinden Haarbach, Beutelsbach, Ruhstorf a.d. Rott, Tettenweis, im Markt Ortenburg und in der Stadt Bad Griesbach i. Rottal, Landkreis Passau Vom 13. Juni 2005 Nr. 540-510/080-9 | S. 97 |
| Landesplanung | | | |
| 109. Sitzung des Planungsausschusses der Region Landshut (13) | S. 93 | | |
| 42. Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Landshut | S. 93 | | |
| Schulwesen | | Veterinärwesen | |
| Verordnung über die Volksschulorganisation in | | Änderungssatzung des Zweckverbandes für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung Plattling, Sitz Deggendorf, über die Beseitigung von tierischen Nebenprodukten im Sinne der Verordnung (EG) 1774/2002 - Nebenprodukteverordnung - und des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in der Fassung vom 25.01.2004 (BGBl I S. 82) | S. 99 |
| - den Gemeinden Hinterschmiding und Grainet sowie den Städten Freyung und Waldkirchen, Landkreis Freyung-Grafenau Vom 27. Mai 2005 Nr. 540-5102/090-19 | S. 94 | | |

Kommunalverwaltung

Zweckverband für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung Plattling, Sitz Deggendorf; Änderung der Betriebssatzung

Aufgrund des Art. 40 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG BayRS 2020-6-1-I) in Verbindung mit Art. 23 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt der Zweckverband für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung Plattling, Sitz Deggendorf folgende

Satzung zur Änderung der Betriebssatzung

§ 1 (Änderung)

Die Betriebssatzung des Zweckverbandes Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung Plattling, Sitz Deggendorf vom 18.02.2004 (RABI NB Nr. 3/2004) wird wie folgt geändert:

In § 4 (Eigenbetriebsleitung)

Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Eigenbetriebsleitung besteht aus dem Werkleiter. Für den Werkleiter sind je ein stellvertretender Werkleiter für den technischen und kaufmännischen Bereich zu bestellen.“

§ 2 (In-Kraft-Treten)

Die Änderungssatzung tritt zum 1. Juli 2005 in Kraft.

Deggendorf, 7. Juni 2005
ZWECKVERBAND FÜR TIERKÖRPER- UND
SCHLACHTABFALLBESEITIGUNG PLATTLING,
SITZ DEGGENDORF

Segl
Verbandsvorsitzender

Planungsverband Donaupark; Änderung der Verbandssatzung

Bekanntmachung vom 30. Juni 2005, Nr. 230-1444.602-24

Der Planungsverband Donaupark hat mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 04.05.2005 seine Verbandssatzung geändert.

Gemäß Art. 48 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit wird nachstehend die Änderungssatzung bekannt gemacht.

Landshut, 30. Juni 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Änderung der Satzung des Planungsverbandes Donaupark; Satzung des Planungsverbandes Donaupark vom 31. März 2005

Die Satzung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Baugesetzbuch auf den Planungsverband Donaupark vom 10. Februar 1999 wird wie folgt geändert:

1. § 3 (Räumlicher Wirkungsbereich) der Satzung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Baugesetzbuch auf den Planungsverband Donaupark vom 10. Februar 1999 wird aufgehoben und wie folgt neu festgesetzt.

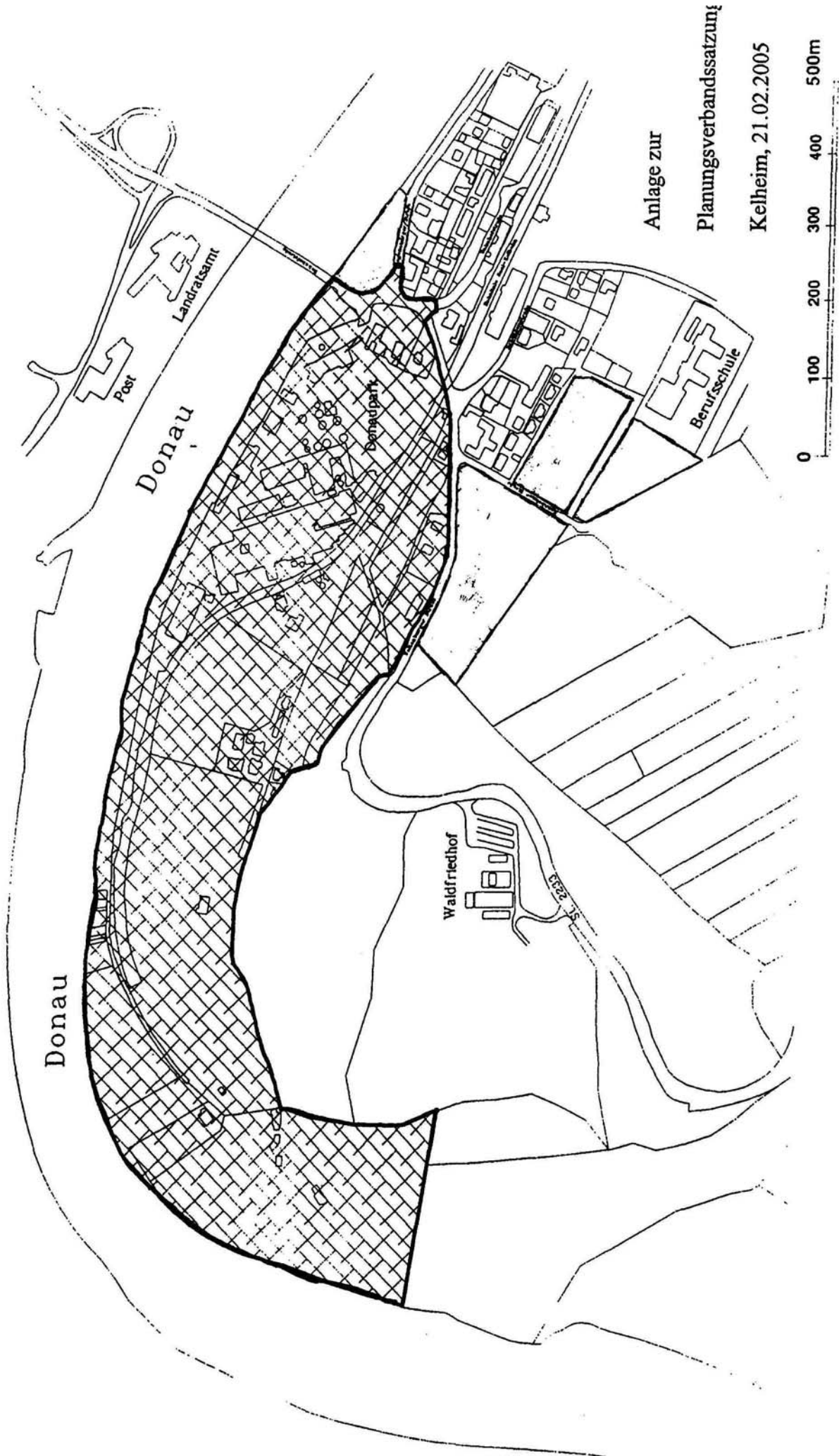
Der räumliche Wirkungsbereich des Planungsverbandes umfasst das Gebiet der ehemaligen Zellstofffabrik einschließlich des Kreuzungsbereiches (St. 2230/ST. 2233/Bahnhofstraße) nach Maßgabe des beiliegenden Lageplanes vom 21. Februar 2005, der Bestandteil dieser Satzung ist.

2. An die Stelle des Lageplans vom 24. März 1998 tritt der Lageplan vom 21. Februar 2005.
3. Diese Satzung wird am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Niederbayern wirksam.

Kelheim, 31. März 2005
PLANUNGSVERBAND DONAUPARK

Fritz Mathes
1. Bürgermeister
Verbandsvorsitzender

Gebiet Planungsverband Donaupark



Anlage zur

Planungsverbandsatzung

Kelheim, 21.02.2005



**Haushaltssatzung
des Regionalen Planungsverbandes Regensburg
für die Haushaltsjahre 2005 und 2006**

I.

Aufgrund von § 18 der Verbandssatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.12.1982 (RABI S. 135) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 4 Sätze 1 und 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLPIG) und der Art. 40 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) sowie Art. 57 ff. der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LkrO) hat die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Regensburg in ihrer öffentlichen Sitzung am 28.04.2005 folgende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 beschlossen, die hiermit gemäß Art. 59 Abs. 3 der Landkreisordnung bekannt gemacht wird:

§ 1

Die als Anlage beigefügten Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 werden hiermit festgesetzt; sie schließen

im Verwaltungshaushalt
in den Einnahmen
und Ausgaben mit 62.600 € im Haushaltsjahr 2005
62.600 € im Haushaltsjahr 2006

und im Vermögenshaushalt
in den Einnahmen
und Ausgaben mit 0 € im Haushaltsjahr 2005
0 € im Haushaltsjahr 2006

ab.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Eine Verbandsumlage wird nicht festgesetzt.

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht beansprucht.

§ 6

Eine Finanzplanung wird nicht erstellt (Art. 41 Abs. 2 KommZG).

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2005 für das Haushaltsjahr 2005 und mit dem 1. Januar 2006 für das Haushaltsjahr 2006 in Kraft.

II.

Die Regierung der Oberpfalz hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 12.05.2005 Nr. 230-1512 R-Z 3-4 mitgeteilt, dass die Haushaltssatzung keine genehmigungspflichtigen Bestandteile enthält.

III.

Der Haushaltsplan liegt vom Tage nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung eine Woche lang bei der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes Regensburg, Landratsamt Regensburg, Altmühlstraße 3, 93025 Regensburg, Zi.-Nr. 122, während der allgemeinen Dienststunden öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Regensburg, 13. Mai 2005
REGIONALER PLANUNGSVERBAND
REGENSBURG

Mirbeth
Verbandsvorsitzender
Landrat

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung
des Zweckverbandes für Rettungsdienst
und Feuerwehralarmierung Straubing
für das Haushaltsjahr 2005**

I.

Aufgrund der §§ 17 ff. der Verbandssatzung vom 12.11.2003 (RABI Nr. 1, S. 4) und der Art. 40 und 41 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) hat der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Straubing folgende Haushaltssatzung erlassen, die hiermit gemäß Art. 65 Abs. 3 GO in Verbindung mit Art. 24 Abs. 1 KommZG bekannt gemacht wird:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird

im Verwaltungshaushalt in den
Einnahmen und Ausgaben auf 52.000 €

und im Vermögenshaushalt in den
Einnahmen und Ausgaben auf 6.000 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

(1) Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird auf

45.500 €

festgesetzt und auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

(2) Umlageschlüssel ist das Verhältnis der Einwohnerzahlen der Mitglieder zum Stand vom 30.06.2004 für die Landkreise Deggendorf, Regen, Straubing-Bogen und die Stadt Straubing.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 2.000 € festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2005 in Kraft.

II.

(1) Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

(2) Der Haushaltsplan 2005 liegt gemäß Art. 65 Abs. 3 GO in Verbindung mit Art. 40 Abs. 1 KommZG vom 04.07.2005 bis 11.07.2005 bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 94315 Straubing, Siemensstraße 15 a, Zimmer-Nr. 3, während der allgemeinen Dienststunden der Stadtverwaltung Straubing öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Straubing, 18. Mai 2005

**ZWECKVERBAND FÜR RETTUNGSDIENST
UND FEUERWEHRALARMIERUNG STRAUBING**

Alfred Reisinger
Landrat
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung
des Berufsschulverbandes Straubing-Bogen
für das Haushaltsjahr 2005**

I.

Aufgrund des Art. 40 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG), der §§ 16 bis 21 der Verbandssatzung vom 19.04.1994 und Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) hat die Verbandsversammlung des Berufsschulverbandes Straubing-Bogen folgende Haushaltssatzung erlassen, die hiermit gemäß § 22 der Verbandssatzung, Art. 24 Abs. 1 KommZG und Art. 65 Abs. 3 GO bekannt gemacht wird:

§ 1

(1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt
in den Einnahmen
und Ausgaben mit 3.901.562 €

und im Vermögenshaushalt
in den Einnahmen
und Ausgaben mit 1.731.700 €

ab.

(2) Die Höhe des durch die sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Bedarfs des Haushaltsjahres 2005, der nach § 18 der Verbandssatzung nach Maßgabe der Schülerzahl auf die Verbandsmitglieder umzulegen ist, wird auf

2.232.364 €
festgesetzt (Umlagesoll).

(3) Am Stichtag 20.10.2004 (§ 18 Abs. 2 der Verbandssatzung) wurden die Schulen des Verbandes von insgesamt 2.830 Schülern aus der Stadt Straubing und aus dem Landkreis Straubing-Bogen besucht.

Der Beitragsanteil für einen Schüler beträgt daher

2.232.364 € : 2.830 = 788,82 €
(ungedeckter Bedarf) (Gesamtzuschülerzahl)

(4) Auf die einzelnen Verbandsmitglieder treffen folgende Anteile:

Stadt Straubing:
1.464 Schüler x 788,82 € = 1.154.834 €

Landkreis Straubing-Bogen:
1.366 Schüler x 788,82 € = 1.077.530 €

§ 2

Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 900.000 € vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden nicht beansprucht.

§ 6

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2005 in Kraft.

II.

(1) Die zu § 2 der Haushaltssatzung erforderliche Genehmigung wurde mit RS vom 02.06.2005 Az. 230-1444.302-13 erteilt.

(2) Der Haushaltsplan 2005 liegt gemäß Art. 65 Abs. 3 GO in Verbindung mit Art. 40 KommZG vom 04.07.2005 bis 11.07.2005 bei der Geschäftsstelle des Verbandes in 94315 Straubing, Theresienplatz 20 (Rathaus), Zimmer-Nr. 113, während der allgemeinen Geschäftsstunden öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Straubing, 8. Juni 2005
BERUFSSCHULVERBAND
STRAUBING-BOGEN

Perlak
Oberbürgermeister

Landesplanung

109. Sitzung des Planungsausschusses der Region Landshut (13)

Die nächste Sitzung des Planungsausschusses findet statt am

**Dienstag, 12. Juli 2005, 9:00 Uhr
in Velden a. d. Vils, Schulturnhalle,
Georg-Brenninger-Str. 30, Tel. 0160/96432210.**

Die Sitzung ist öffentlich.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung.
2. Regionalplan Region Landshut (13)
- 2.1 Achtzehnte Änderung;
Fortschreibung von Kapitel B IV Rohstoffsicherung
Beschluss über das Beteiligungsverfahren
- 2.2 Neunzehnte Änderung;
Teil A Überfachliche Ziele und Begründung
Beschluss zur Änderung
- 2.3 Zwanzigste Änderung;
Kapitel B III Land- und Forstwirtschaft
Kapitel B IX Verwaltung, Öffentliche Sicherheit und
Ordnung
Beschluss zur Aufhebung
3. Bericht über abgeschlossene landesplanerische Überprüfungen und Stellungnahmen des Verbandes.
4. Neufassung der Verbandssatzung für den Regionalen Planungsverband Landshut;
Vorberatung und Empfehlungs-Beschluss für die Verbandsversammlung
5. Neufassung der Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsverband Landshut;
Vorberatung und Empfehlungs-Beschluss für die Verbandsversammlung
6. Haushaltsrechnung für das Jahr 2004;
Beratung und Beschluss
7. Haushaltsplan für das Jahr 2005;
Beratung und Beschluss
8. Einladung von Mitgliedern des ehemaligen Planungsbeirats zu Sitzungen des Planungsausschusses
9. Informationen
10. Wünsche und Anträge

Landshut, 10. Juni 2005
REGIONALER PLANUNGSVERBAND
LANDSHUT

Heinrich Trapp
Landrat
1. stv. Verbandsvorsitzender

42. Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Landshut

Die nächste Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Landshut findet statt am

**Dienstag, 12. Juli 2005, 10:30 Uhr
in Velden a. d. Vils, Schulturnhalle,
Georg-Brenninger-Str. 30, Tel. 0160/96432210.**

Die Versammlung ist öffentlich.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung.
2. Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Regionalen Planungsverbandes seit der Verbandsversammlung am 12.05.2004.
3. Novellierung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG);
Bericht über die Auswirkungen in der Praxis
4. Neufassung der Verbandssatzung für den Regionalen Planungsverband Landshut;
Beschluss
5. Neufassung der Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsverband Landshut;
Beschluss
6. Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsbeirat der Region Landshut;
Beschluss zur Aufhebung
7. Wahlen
- 7.1 Bildung eines Wahlausschusses
- 7.2 Neuwahl des Verbandsvorsitzenden
- 7.3 Neuwahl eines stellvertretenden Verbandsvorsitzenden (optional)
8. Schlusswort des neuen Verbandsvorsitzenden

Nach § 5 der Satzung für den Regionalen Planungsverband Landshut werden in der Verbandsversammlung die Landkreise durch die Landrätin/den Landrat, die Gemeinden durch den Oberbürgermeister bzw. die Erste Bürgermeisterin/den Ersten Bürgermeister vertreten. Im Fall ihrer Verhinderung treten an ihre Stelle ihre Stellvertreterin/ihr Stellvertreter.

Landshut, 10. Juni 2005
REGIONALER PLANUNGSVERBAND
LANDSHUT

Heinrich Trapp
Landrat
1. stv. Verbandsvorsitzender

Schulwesen

**Verordnung über die Volksschulorganisation
in den Gemeinden Hinterschmiding und Grainet
sowie den Städten Freyung und Waldkirchen,
Landkreis Freyung-Grafenau
Vom 27. Mai 2005 Nr. 540-5102/090-19**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Volksschule Hinterschmiding-Grainet (Grund- und Teilhauptschule I), zuletzt beschrieben in § 1 XV. Nr. 2 der Verordnung vom 29.12.1971 Nr. II 6 b – 3055 g 88 (RABI Nr. 4/1972 S. 29), wird aufgelöst.

§ 2

Es wird eine Grundschule Hinterschmiding-Grainet errichtet. Sitz der Schule ist die Gemeinde Hinterschmiding. Schulorte sind Hinterschmiding und Grainet. Die Schule erhält die Bezeichnung „Grundschule Hinterschmiding-Grainet“.

§ 3

Der Sprengel der Grundschule Hinterschmiding-Grainet umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

- a) das Gebiet der Gemeinde Hinterschmiding,
- b) das Gebiet der Gemeinde Grainet ohne die Orte Exenbach, Gschwendet, Kronwinkl und Vorderfreundorf.

§ 4

(1) Der Sprengel der Hauptschule Freyung, zuletzt beschrieben in § 4 der Verordnung vom 18.02.2005 Nr. 540-5102/152-7 (RABI Nr. 4/2005 S. 28) wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Hauptschule Freyung umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet der Stadt Freyung mit Ausnahme des Ortes Reschmühle,
- b) das Gebiet der Gemeinde Grainet ohne die Orte Exenbach, Gschwendet, Kronwinkel und Vorderfreundorf,
- c) das Gebiet der Gemeinde Hinterschmiding,
- d) aus der Gemeinde Philippsreut die Orte Philippsreut und Marchhäuser,
- e) aus der Stadt Waldkirchen die Orte Appmannsberg, Atzesberg, Großwies, Hochreut, Höpplhof, Karlsbach, Karlsbachmühle, Lämmersreut, Raffelsberg, Reut, Stelzermühle, Werenain und Wotzmansreut.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 27. Mai 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

**Verordnung
über die Volksschulorganisation
in den Gemeinden Kumhausen, Tiefenbach,
Eching und im Markt Geisenhausen,
Landkreis Landshut
Vom 27. Mai 2005 Nr. 540-5102/125-14**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Volksschule Kumhausen (Grund- und Teilhauptschule I), zuletzt beschrieben in §§ 1, 2 der Verordnung vom 16.07.1996 Nr. 240 – 5102/125-10 (RABI Nr. 10/1996 S. 65), wird aufgelöst.

§ 2

Es wird eine Grundschule Kumhausen errichtet. Sitz der Schule ist die Gemeinde Kumhausen. Schulort ist Kumhausen. Die Schule erhält die Bezeichnung „Grundschule Kumhausen“.

§ 3

Der Sprengel der Grundschule Kumhausen umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

das Gebiet der Gemeinde Kumhausen.

§ 4

(1) Der Sprengel der Volksschule Kronwinkl (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 16.07.1996 Nr. 240 – 5102/125-10 (RABI Nr. 10/1996 S. 65), wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Volksschule Kronwinkl (Grund- und Hauptschule) umfasst:

1. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Tiefenbach,
- b) das Gebiet der Gemeinde Eching.

2. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

aus der Gemeinde Kumhausen die Orte Eichet, Eierkam, Grammelkam, Grillberg, Hachelstuhl, Hausberg, Herbersdorf, Kumberg, Kumhausen, Niederkam, Oberdassing, Preisenberg, Rammelkam, Seitenberg, Unterdassing, Urlasbühl, Walpersdorf und Windten.

§ 5

(1) Der Sprengel der Volksschule Geisenhausen (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 1 der gemeinsamen Verordnung vom 13.12.2000/11.01.2001 bzw. § 2 der gemeinsamen Verordnung vom 12.06.1989 Nr. 240 - 5103/112-1 bzw. 13.07.1989 Nr. 240 - 5103 - ED - 6 (RABI Nr. 15/1989 S. 61) wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Geisenhausen (Grund- und Hauptschule) umfasst:

1. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

- a) das Gebiet des Marktes Geisenhausen ohne die Orte Feldmühle, Helmsau, Helmsdorf, Kuglöd, Mellenberg und Reith,
- b) aus der Gemeinde Adlkofen den Ort Oberpettenbach.

2. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Adlkofen ohne den Ort Oberpettenbach,
- b) das Gebiet der Gemeinde Altfraunhofen,
- c) aus der Marktgemeinde Geisenhausen die Orte Feldmühle, Helmsau, Helmsdorf, Kuglöd, Mellenberg und Reith,
- d) aus der Gemeinde Kumhausen die Orte Allkofen, Allmannsdorf, Altenbach, Berndorf, Dettenkofen, Eck a. d. Straß, Gammel, Götzdorf, Hillersbach, Höhenberg, Hoheneggkofen, Kammer, Mantelkam, Narrenstetten, Oberfimbach, Obergangkofen, Obergrub, Oberhöfen, Oberschönbach, Rastorf, Ried, Ried a. d. Straße, Roßberg, Siegerstetten, Stadel, Straßgrub, Untergangkofen, Untergrub, Unterhöfen, Vogen und Weibbüchl.

§ 6

Schüler aus der Gemeinde Kumhausen, die im Schuljahr 2004/05 an der Volksschule Kronwinkl eingeschult sind, können die Schule dort beenden. Schüler aus der Gemeinde Tiefenbach, die im Schuljahr 2004/05 an der Grund- und Teilhauptschule I Karl-Heiß Landshut eingeschult sind, können die Grundschule dort beenden.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 27. Mai 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Verordnung über die Volksschulorganisation in der Gemeinde Kollnburg, Landkreis Regen Vom 2. Juni 2005 Nr. 540-5102/120-2

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Volksschule Kirchaitnach (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 1 Nr. 2 der Verordnung vom 18.07.1977 Nr. 240 – 3055 g 148 REG - 2 (RABI Nr. 23/1977 S. 109), wird aufgelöst.

§ 2

(1) Der Sprengel der Grundschule Kollnburg, zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 28.04.2005 Nr. 540-5102/120-2 und 214-27 (RABI Nr. 7/2005 S. 59) wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Grundschule Kollnburg umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

das Gebiet der Gemeinde Kollnburg ohne die Orte Kammeraitnach, Reichsdorf und Reisach.

§ 3

(1) Der Sprengel der Volksschule Viechtach (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 4 Nr. 3 der Verordnung vom 18.07.1977 Nr. 240 – 3055 g 148 REG - 2 (RABI Nr. 23/1977 S. 110), wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Volksschule Viechtach (Grundschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

- a) das Gebiet der Stadt Viechtach ohne die Orte Enzleinsgrub, Irlach Hs.Nr. 7, Rannersdorf, Fernöd, Heinzlhof, Höllenstein, Kastlmühle, Nebenweg und Poppenzell,
- b) aus der Gemeinde Kollnburg die Orte Kammeraitnach, Reichsdorf und Reisach,
- c) aus der Gemeinde Prackenbach den Ort Tresdorf.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 2. Juni 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Verordnung über die Grundschulorganisation in der Gemeinde Mengkofen, Landkreis Dingolfing-Landau und Bayerbach b. Ergoldsbach, Landkreis Landshut Vom 2. Juni 2005 Nr. 540-5103/023-8

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 282) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

(1) Der Sprengel der Volksschule Bayerbach (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 2 der Verordnung vom 05.11.1984 Nr. 240 – 3409 a 42 (RABI Nr. 24/1984 S. 166) wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Bayerbach (Grundschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

- a) das Gebiet der Gemeinde Bayerbach b. Ergoldsbach,
- b) den Ort Dürrenhettenbach des Marktes Ergoldsbach.

§ 2

(1) Der Sprengel der Volksschule Aitrachtal (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 05.11.1984 Nr. 240 – 3409 a 42 (RABI Nr. 24/1984 S. 166) wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Aitrachtal (Grund- und Hauptschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Mengkofen ohne die Orte Hanny und Kleinhaslau,
- b) aus der Gemeinde Moosthenning die Orte Breitenau, Buchreith, Eglhof, Kattenbach, Klosterberg, Kronberg, Oberholsbach, Rothenbühl, Rothleck, Stopfenreuth und Unterholsbach.

§ 3

Schüler aus der Gemeinde Mengkofen, die zum Schuljahr 2004/05 bereits an der Grundschule Bayerbach eingeschult sind, können die Grundschule dort beenden.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 2. Juni 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Vollzug des Bayer. Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - BayEUG -, BayRS 2230-1-1-K; Erweiterung des Fachsprengels für den Ausbildungsberuf „Elektroniker/Elektronikerin für Maschinen- und Antriebstechnik“ (Jahrgangsstufen 11 bis 13) um den Regierungsbezirk Oberbayern

Bekanntmachung vom 2. Juni 2005 Nr. 540-5204/615-269

Die Regierung von Niederbayern erlässt gemäß Art. 34 Abs. 2 BayEUG folgende

Bekanntmachung:

1. Der an der Staatl. Berufsschule Pfarrkirchen bestehende Fachsprengel für den Ausbildungsberuf „Elektroniker/Elektronikerin für Maschinen- und Antriebstechnik“, der die Jahrgangsstufen 11 bis 13 sowie die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz umfasst, wird um den Regierungsbezirk Oberbayern erweitert.
2. Die Bekanntmachung erfolgt im Auftrag des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (KMS vom 09.12.2004 Nr. VII.6 - 5 O 9220.5 - 1 - 7.125996) sowie nach Durchführung des erforderlichen Anhörungsverfahrens.
3. Die Fachsprengelregelung ist maßgebend für Berufsschulpflichtige und Berufsschulberechtigte, sofern nicht genehmigte Gastschulverhältnisse vorliegen, die den Besuch einer anderen Berufsschule gestatten.
4. Diese Bekanntmachung tritt zum 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 2. Juni 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Tiefenbach, Aicha v. Wald, Ruderting und im Markt Windorf, Landkreis Passau Vom 6. Juni 2005 Nr. 540-5102/274-9

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:

§ 1

Die Grundschule Tiefenbach „Alfons-Lindner-Schule“, zuletzt beschrieben in § 4 der Verordnung vom 27.04.2004 Nr. 540 – 5102/274-8 (RABI Nr. 7/2004 S. 53), wird aufgelöst.

§ 2

Die Hauptschule Tiefenbach, zuletzt beschrieben in § 5 der Verordnung vom 27.04.2004 Nr. 540 – 5102/274-8 (RABI Nr. 7/2004 S. 53), wird aufgelöst.

§ 3

Es wird eine Volksschule Tiefenbach (Grund- und Hauptschule) errichtet. Sitz der Schule ist die Gemeinde Tiefenbach. Schulort der Grundschule ist Tiefenbach. Schulorte der Hauptschule sind Kirchberg vorm Wald, Tiefenbach und Aicha vorm Wald. Die Schule erhält die Bezeichnung „Alfons-Lindner-Schule Tiefenbach, Grund- und Hauptschule“.

§ 4

(1) Der Sprengel der Alfons-Lindner-Schule Tiefenbach, Grund- und Hauptschule, zuletzt beschrieben in §§ 3, 4 der Verordnung vom 27.04.2004 Nr. 540 – 5102/274-8 (RABI Nr. 7/2004 S. 53), wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Alfons-Lindner-Schule Tiefenbach, Grund- und Hauptschule umfasst:

1. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

aus der Gemeinde Tiefenbach die Orte Allerting, Antesberg, Bäckerreut, Brauchsdorf, Buch, Fating, Gablöd, Gerlesberg, Götzing, Gotting, Gotting 16, Grubmühle, Hafning, Haidreuth, Haselmühle, Hauzenberg, Hörmannsberg, Hof, Irring, Kiesling, Kronreut, Leithen, Lengfelden, Lohhof, Lohhof 2, Mausmühle, Mittermühl, Moos, Neuhaus, Niedernhart, Oberjacking, Oberkaining, Oberkogel, Oberndorf, Oberöd, Ötzing, Petermühl, Pfarrhof, Prexlmühl, Reisach, Reuth, Schlott, Schmidöd, Schwaiberg, Streicherberg, Thal, Tiefenbach, Unterjacking, Unterkaining, Unterkogel, Vollerding und Weberreuth.

2. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Tiefenbach ohne die unter obenstehender Nr. 1 aufgelisteten Orte,
- b) das Gebiet der Gemeinde Aicha vorm Wald ohne den Ort Stolzing,
- c) das Gebiet der Gemeinde Ruderting ohne den Ort Trasham,
- d) aus dem Markt Windorf die Orte Gottholling, Kerschbaum, Silling und Weiding.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 6. Juni 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Haarbach, Beutelsbach, Ruhstorf a.d. Rott, Tettenweis, im Markt Ortenburg und in der Stadt Bad Griesbach i. Rottal, Landkreis Passau Vom 13. Juni 2005 Nr. 540-510/080-9

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. März 2005 (GVBl S. 71), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

Verordnung:**§ 1**

Die Volksschule Haarbach (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 26.07.1984 Nr. 240 – 3554 d 42 (RABI Nr. 16/1984 S. 79), wird aufgelöst.

§ 2

Es wird eine Grundschule Haarbach errichtet. Sitz der Schule ist die Gemeinde Haarbach. Schulort ist Haarbach. Die Schule erhält die Bezeichnung „Grundschule Haarbach“.

§ 3

Der Sprengel der Grundschule Haarbach umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

- a) das Gebiet der Gemeinde Haarbach ohne die Orte Churfürst, Freudenheim, Hacken, Hausenberg, Oberthalham, Oberthambach, Unterthalham und Unterthambach,
- b) aus der Stadt Bad Griesbach i. Rottal die Orte Au, Breitenloh, Großthann, Lohmann, Obermühle, Reisbach, Untermühle, Wiesling und Wimm,
- c) aus dem Markt Ortenburg die Orte Ackersberg, Hochhaus, Kollmann, Leingart, Parschalling, Sammarei, Wackersberg, Wolfa und Zell,
- d) aus der Gemeinde Beutelsbach den Ort Moos.

§ 4

(1) Der Sprengel der Volksschule Ortenburg (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 1 der Verordnung vom 07.03.2001 Nr. 540 – 5103/181-10 (RABI Nr. 5/2001 S. 93) wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Ortenburg (Grund- und Hauptschule) umfasst:

1. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

- a) aus dem Markt Ortenburg die Orte Ortenburg, Afham, Au, Baumgarten, Berghof, Birka, Blasen, Buch, Dobl, Dorfbach, Froschau, Göbertsham, Hacklmühle, Hifering, Hinding, Hinterhainberg, Hinterschloß, Höck, Hübing, Kaiseraign, Kamm, Königbach, Lohfeld, Lughof, Luisenthal, Maiersberg, Moosham, Oberhardtdobl, Oberöd, Paulberg,

- Rauscheröd, Schlott, Söldenau, Steinbach, Steinkirchen, Unterhardobl, Unteriglbach, Unteröd, Vorderhainberg, Vorderschloß, Wappmannsberg, Weghof, Weinberg, Wenig, Weweck, Wimberg, Würding und Wurmaign,
- b) aus der Stadt Bad Griesbach i. Rottal die Orte Förstl, Haunberg, Thiersbach und Viertelsbach.
2. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) aus dem Markt Ortenburg die Orte Ackersberg, Aisterham, Aunberg, Bärndobl, Bidering, Blindham, Buchet, Butzenberg, Demmlstadl, Drittenthal, Galla, Gassenmann, Gießhübl, Hasling, Heimpering, Hilking, Hochhaus, Holzkirchen, Irgenöd, Isarhofen, Jaging, Kallöd, Kaltenöd, Klugsöd, Knadlarn, Kollmann, Kronthal, Kühhügl, Leingart, Lengfelden, Maierhof, Neustift, Nicklgut, Niederham, Oberiglbach, Oberoh, Ottenöd, Parschalling, Rammelsbach, Röhrn, Sammarei, Schalkham, Schallnöd, Schöföbach, Schwaibach, Spiegel, Thal, Unteroh, Unterthannet, Urlmanning, Wackersberg, Wolfa und Zell,
- b) aus der Stadt Vilshofen die Orte Aichberg, Eglöd, Einöd, Haimbuch, Holzhäuser, Knadlarn, Marterberg, Salzmann und Scheunöd,
- c) aus der Gemeinde Haarbach die Orte Dobl, Freudenberg, Halmöd, Hof, Hofstetten, Kleinthann, Kronholz, Kronöd, Langdobl, Raining und Wies.

§ 5

(1) Der Sprengel der Volksschule Bad Griesbach i. Rottal (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 2 der Verordnung vom 26.07.1984 Nr. 240 – 3554 d 42 (RABI Nr. 16/1984 S. 79) wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Bad Griesbach i. Rottal (Grund- und Hauptschule) umfasst:

1. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:
- a) das Gebiet der Stadt Bad Griesbach i. Rottal ohne die Orte Adlmörting, Au, Birchau, Breitenloh, Churfürst, Edt, Falkenöd, Förstl, Geisberg, Großthann, Hasenberg, Haunberg, Hundshaupten, Kager, Kemading, Köpfstatt, Kremsöd, Lohmann, Neukl, Niedergrün, Niederreutern, Obergrün, Obermühle, Oberndorf, Reisbach, Reutern, Rotthof, Steinkart, Thalham, Thanham, Thiersbach, Untermühle, Viertelsbach, Weg, Wegertsöd, Weinberg, Wiesling, Wimm, Würm und Zachstorf,
- b) aus der Gemeinde Haarbach die Orte Churfürst und Hacken,
2. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:
- a) aus der Stadt Bad Griesbach i. Rottal die Orte Adlmörting, Au, Birchau, Breitenloh, Churfürst, Edt, Falkenöd, Geisberg, Großthann, Hasenberg, Hundshaupten, Kager, Kemading, Köpfstatt, Kremsöd, Lohmann, Neukl, Niedergrün, Niederreutern, Obergrün, Obermühle, Oberndorf, Reisbach, Reutern, Rotthof, Steinkart, Thalham, Thanham, Untermühle, Weg, Wegertsöd, Weinberg, Wiesling, Wimm, Würm und Zachstorf,

- b) aus der Gemeinde Tettenweis die Orte Berg, Birndorf, Bunding, Eden, Gerau, Krennleiten, Maierhof, Parnham, Poigham und Reith,
- c) aus der Gemeinde Ruhstorf a.d. Rott die Orte Au, Basendobl, Berg, Buch, Dobl, Erbersdobl, Essenschbach, Feiln, Gänshall, Heinrichsdobl, Henning, Höhenmühle, Hörgertscham, Holzöd, Hotting, Kapsreit, Kohlpoint, Kroneck, Maierhof, Mitterdorf, Piesting, Schenkendobl, Schmidham, Steindorf und Winkl,
- d) das Gebiet der Gemeinde Haarbach ohne die Orte Churfürst, Dobl, Freudenberg, Freudenheim, Hacken, Hausenberg, Halmöd, Hof, Hofstetten, Kleinthann, Kronholz, Kronöd, Langdobl, Oberthalham, Oberthambach, Raining, Unterthalham, Unterthambach und Wies.

§ 6

(1) Der Sprengel der Volksschule Ruhstorf a.d. Rott (Grund- und Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 09.05.2005 Nr. 240 – 5102/162-11 (RABI Nr. 8/2005 S. 71) wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Ruhstorf a.d. Rott (Grund- und Hauptschule) umfasst:

1. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

- a) aus der Gemeinde Ruhstorf a.d. Rott die Orte Ruhstorf a.d. Rott, Barhof, Buchet, Eden, Frimhöring, Grund, Hader, Hausmanning, Heigerding, Hindlau, Hochhaus, Hötzing, Holzhäuser, Hütting, Humpertsau, Kleeberg, Kühweid, Neudöbl, Niederhofen, Niederreith, Oberreith, Pilham, Reiserfeld, Reschau, Rosenberg, Rottersham, Rotthof, Sicking, Steinwies, Stockland, Trostling, Vorreith und Wehrhäuser,
- b) den Ort Rottau aus der Stadt Pocking,
- c) die Orte Baumbauer, Engleder, Indinger, Riedhof und Spieleder der Gemeinde Tettenweis.

2. In Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Neuhaus a. Inn,
- b) aus der Gemeinde Tettenweis die Orte Breinreith, Burgerding, Erbersöd, Geisberger, Geroling, Großhaarbach, Heftlehner, Holzhäuser, Kreiling, Mitterham, Neuhofen, Oberschwärzenbach, Rauscher, Schwarz, Sprödhub, Stadtreith, Tadhuh, Tettenham, Tettenweis, Tiefendobl, Trümmerer, Wernreith und Wiesen,
- c) aus der Gemeinde Ruhstorf a.d. Rott die Orte Berging, Eglsee, Eholting, Eiching, Heigerting, Krottenberg, Schindelwöhr, Sulzbach a. Inn und Zeintmühl.

§ 7

(1) Der Sprengel der Volksschule Aidenbach (Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 2 der Verordnung vom 26.07.1984 Nr. 240 – 3320 h 50 (RABI Nr. 16/1984 S. 79), wird aufgehoben und neu beschrieben:

(2) Der Sprengel der Volksschule Aidenbach (Hauptschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet des Marktes Aidenbach,
- b) das Gebiet der Gemeinde Aldersbach ohne die Orte Adenberg, Karglöd und Seier,
- c) das Gebiet der Gemeinde Beutelsbach,
- d) das Gebiet der Gemeinde Eggldham,
- e) aus der Gemeinde Haarbach die Orte Freudenheim, Hausenberg, Oberthalham, Oberthambach, Unterthalham und Unterthambach,

f) aus der Gemeinde Künzing den Gemeindeteil Mairing.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 13. Juni 2005
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger
Regierungspräsident

Veterinärwesen

**Änderungssatzung des Zweckverbandes
für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung
Plattling, Sitz Deggendorf,
über die Beseitigung von tierischen
Nebenprodukten im Sinne der Verordnung (EG)
1774/2002 – Nebenprodukteverordnung – und des
Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in
der Fassung vom 25.01.2004 (BGBl I S. 82)**

Aufgrund des § 11 Abs. 3 des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebG) und aufgrund von Art. 4 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTierNebG), zuletzt geändert am 07.12.2004 (GVBl Nr. 22 vom 14.12.2004 S. 499), i.V.m. Art. 22 Abs. 2 und 26 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (BayRS 2020-6-1-0) erlässt der Zweckverband für Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung Plattling, Sitz Deggendorf (ZTS) folgende

**Satzung zur Änderung
der Gebührensatzung**

**§ 1
(Änderungen)**

Die Gebührensatzung des ZTS vom 18.02.2004 (RABI NB Nr. 3/2004, S. 21) wird wie folgt geändert:

1. **§ 4 Abs. 1 (Tierkörper) der Gebührensatzung wird wie folgt neu gefasst:**

„a) **Verarbeitungskosten**

¹Gem. Art. 4 Abs. 2 Satz 1 AGTierNebG werden für die Verarbeitung und Beseitigung von abholpflichtigen Tierkörpern von Vieh im Sinne des Tierseuchengesetzes in der jeweils geltenden Fassung, folgende Gebühren erhoben:

| Tierart | | Regelgewicht kg | Eigenanteil |
|------------------------|-----------------------------------|-----------------|-------------|
| Rind | Kalb bis 3 Monate | 75 | 1,50 € |
| | Jungvieh/Fresser über 3-12 Monate | 250 | 5,00 € |
| | Mastrind/Kalbin über 12-24 Monate | 500 | 10,00 € |
| | Bulle/Kuh über 24 Monate | 600 | 12,00 € |
| Pferd | Fohlen, Pony | 80 | 1,60 € |
| | Pferd | 400 | 8,00 € |
| Schwein | Saugferkel, Totgeburt | 5 | 0,10 € |
| | Läufer, Absatzferkel | 30 | 0,60 € |
| | Schwein | 85 | 1,70 € |
| Schaf | Lamm bis 6 Monate | 10 | 0,20 € |
| | Schaf über 6 bis 18 Monate | 50 | 1,00 € |
| | Schaf über 18 Monate | 50 | 1,00 € |
| Truthahn | | 5 | 0,10 € |
| Huhn | | 1 | 0,02 € |
| Kameliden | Kamel, Lama, Trampeltier | 250 | 5,00 € |
| Andere Einhufer | Esel, Maultier etc. | 120 | 2,40 € |
| Wildklauentier | Gehegewild | 75 | 1,50 € |
| Ziege | | 25 | 0,50 € |

| Tierart | | Regelgewicht kg | Eigenanteil |
|---------------------------|--|--------------------|-------------|
| Hase / Kaninchen | | 3 | 0,06 € |
| Laufvogel | Strauß, Emu etc. | 80 | 1,60 € |
| Wassergeflügel | Gans, Ente | 3 | 0,06 € |
| sonstiges Geflügel | Fasan, Perlhuhn, Rebhuhn, Taube, Wachtel | 1 | 0,02 € |

²In Fällen, in denen Tiere gewogen werden, wird eine Gebühr von 0,02 € je Kilogramm erhoben.

b) **Gebührenfreie Beseitigung**

Die Gebühr nach Buchst. a) wird gem. Art. 4 Abs. 3 AGTierNebG nicht erhoben, für abholpflichtiges Vieh im Sinne des Tierseuchengesetzes, das

1. der gesetzlichen Testpflicht auf BSE oder TSE unterliegt oder
2. auf Grund einer anzeigepflichtigen Tierseuche verendet oder getötet worden ist.

c) **Abholung**

Die Abholung, Sammlung, Beförderung und Lagerung von Tierkörpern von Vieh im Sinne des Tierseuchengesetzes in der jeweils geltenden Fassung, für die eine Abholpflicht besteht, erfolgt kostenlos, soweit nicht nach EU-Recht, bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften Gebühren oder Entgelte zu erheben sind.

d) **Verwaltungskosten**

¹Zur Deckung der Kosten für die Ermittlung und Anforderung von Gebühren nach Buchstabe a) und c) wird pro Bescheid eine kostendeckende Bescheidgebühr von 4,50 € erhoben. ²Die Gebühren werden vierteljährlich eingezogen. ³Sofern ein

Einzug wegen geringer Gebührenschild unwirtschaftlich ist, erfolgt die Gebührenabrechnung halbjährlich.

⁴Bei maschinellem Einzug der Gebühr durch den Zweckverband (Ermächtigung zum Bankeinzugsverfahren) ermäßigt sich die Gebühr um 1,50 €⁴. Die Erhebung von Verwaltungskosten nach der Kostensatzung des ZTS vom 03.07.2003 (RABI Nr. 11/2003 S. 80) bleibt dadurch unberührt.

2. **§ 6 (Gebührenfreiheit) der Gebührensatzung wird wie folgt neu gefasst:**

„Keine Gebühren werden erhoben, die für die Verrichtung der Veterinärämter (Sektionen) nach Art. 7 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts vom 08.04.1974 (GVBI S. 152), geändert durch Gesetz vom 26.07.1995 (GVBI S. 396), anfallen würden.“

**§ 2
(Bekanntmachung)**

Der Verbandsvorsitzende wird ermächtigt, die Gebührensatzung in der neuen Fassung bekannt zu geben.

**§ 3
(In-Kraft-Treten)**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2005 in Kraft.

Deggendorf, 22. März 2005
ZWECKVERBAND FÜR TIERKÖRPER- UND
SCHLACHTABFALLBESEITIGUNG PLATTLING,
SITZ DEGGENDORF

Christian Bernreiter
stv. Verbandsvorsitzender